



© WWW.RAINER-BRUEDERLE.DE

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle sieht „Elena“ als missglücktes Projekt von Rot-Grün an.

„Elena“ unter Beschuss

STREITPUNKT. Das Ministerium, in dem „Elena“ geboren wurde, kritisiert das eigene Projekt heftig und bestreitet den Sinn der Datenerhebung.

Von **Thomas Muschiol** (Red.)

Schnell können aus wohlklingenden Projektnamen Reizwörter werden, das hat sich im Zusammenhang mit dem elektronischen Entgeltnachweis (Elena) wieder einmal eindrucksvoll bestätigt. Angefangen von Zuschriften genervter Entgeltabrechner bis hin zu politischen Aufrufen der Piratenpartei, die sich auf Flugblättern mit Elena auseinandersetzt, gerät das Datenprojekt immer mehr unter Beschuss. Medienwirksamer Höhepunkt war bisher die Übergabe der Unterschriften von 22.000 Klägern, die Verfassungsbeschwerden gegen Elena eingelegt haben.

Wie aber reagieren die Regierungsverantwortlichen auf den derzeitigen Dau-

erbeschuss? Hier geriert sich allein der Bundesinnenminister Thomas de Maizière als Verteidiger des Elena-Projekts. Er sieht dem anhängigen gerichtlichen Verfahren gelassen entgegen und ver-

PODIUMSDISKUSSION

Das weitere Schicksal von „Elena“ und die Auswirkungen auf die Praxis werden auch auf einer Podiumsdiskussion des Personalmagazins mit Vertretern von Regierung, Verbänden und Unternehmen auf dem Entgeltforum 2010 diskutiert. Termin und Anmeldung unter

www.entgeltforum.de

weist etwas hilflos darauf, dass ja schon umfangreiche Datensätze der Finanzverwaltung und der Rentenversicherung bestünden. „Wenn Elena verfassungswidrig wäre“, so de Maizière, „dann wäre noch relativ viel mehr verfassungswidrig, was bisher unstrittig war.“

Außerhalb des Innenministeriums scheint sich für Elena aber niemand mehr zu begeistern. Jedenfalls ist niemand zu finden, der die ursprüngliche Konzeption von Elena verteidigt. Während sich das Bundesministerium für Arbeit weiterhin bemüht, Elena bei den Mitte des Jahres in Kraft tretenden Meldepflichten für den Datenbaustein „Beendigung des Arbeitsverhältnisses“ zu entschärfen, findet man das Wirtschaftsministerium plötzlich in der Reihe der offensiven Elena-Gegner wieder.

Das eigene Projekt wird damit unter Beschuss genommen, ein Vorgang, der im Militärjargon mit „Friendly Fire“ bezeichnet wird. Im Unterschied hierzu handelt es sich aber bei Rainer Brüderles Vorgehen nicht um einen irrtümlichen Beschuss: Der Wirtschaftsminister attackiert mit Vorsatz und macht ganz bewusst keinen Hehl daraus, dass er das Projekt Elena lediglich als „Erblast“ seiner Vorgänger im Amt verwalten muss. Seiner Ansicht nach kommen die durch Elena beabsichtigten Entlastungen nur größeren Unternehmen zugute. Der Mittelstand würde dagegen belastet, denn, so das Wirtschaftsministerium wörtlich: „Die Datenübermittlung im Monatsrhythmus stellt besonders für kleine und mittlere Unternehmen einen unverhältnismäßigen Zusatzaufwand dar.“ Diese Erkenntnis wiederum bringt den Wirtschaftsminister auf eine bisher nicht diskutierte Idee: Man könne sich vorstellen, kleine und mittlere Unternehmen aus dem kostenträchtigen und komplizierten Verfahren komplett herauszunehmen.

Hart ins Gericht geht Brüderle dann mit den Urhebern von Elena, er stellt lapidar fest, Rot-Grün habe sich Elena schöngerechnet. ■